



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0896 890

P/XVI/170 - 31. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Das neue Programm der KPdSU</u> Der Kampf um die Führung im Ostblock	69
2a	<u>Die Cuxhavener Kunde</u> Felix von Eckardt will diskutieren Von Franz Barsig	38
3	<u>Auch Norwegen wählt</u> Keine Chancen für Kommunisten und andere Sektierer Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolf Basten	50
4 - 5	<u>Strafjustiz in der "DDR"</u> INFRATESE untersuchte "Struktur der Verbrechen"	69
6 - 7	<u>Tunis im Fieber</u> Bericht von "Kriegsschauplatz" Von Erwin Erasmus Koch	97

\* \*  
\*

## Das neue Programm der KPdSU

### Der Kampf um die Führung im Ostblock

sp - Eine erste Analyse des neuen Programms der kommunistischen Partei der Sowjetunion zeigt, dass Moskau gewillt ist, den Führungsanspruch der UdSSR im "sozialistischen Lager" in jeder Beziehung durchzusetzen. Die ökonomische Planung der Sowjetunion setzt sich die Überflügelung der "kapitalistischen Welt" in den nächsten 20 Jahren zum Ziel. Unter der Voraussetzung, dass der Frieden in der Welt erhalten bleibt - was zu einem grossen Teil von der sowjetischen Politik selbst abhängt - sind grosse Fortschritte der sowjetischen Wirtschaft zu erwarten. Es ist nicht einzusehen, warum ein so riesiges Land, dessen Bevölkerung noch vor 40 Jahren zu 75 Prozent aus Analphabeten bestand, und das über unerschöpfliche Rohstoffreserven verfügt, bei seinen heute schon in der Welt anerkannten wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Leistungen in 20 Jahren nicht einen weiteren erheblichen Schritt nach vorn machen sollte.

Die kommunistische Partei der Sowjetunion geht bei ihren Planungen und Überlegungen natürlich wie immer von einem Automatismus aus, der die Vielfalt des menschlichen Lebens, die bewegenden Elemente individuellen Strebens ausklammert. Die Programmatik des Kommunismus abstrahiert vom Menschen, seiner persönlichen Freiheit sowie seinen spontanen Impulsen. Sie ordnet den Menschen in einen Mechanismus ein, wo er als Teil einer riesigen Maschine zu funktionieren hat.

Die kommunistischen Parteien anderer Länder, auch die der Sowjetunion, haben schon früher diese entscheidenden Fehler gemacht. Die Folge davon war ein dauerndes "Plandefizit", die Unterwerfung des Menschen unter den Staat und die Partei, und damit das Gegenteil dessen, was sich der Mensch unter einem Leben ohne Ausbeutung, und ohne Furcht vor dem Verlust der Freiheit vorstellt.

Die Politiker, Ökonomen und Soziologen in Moskau wissen das alles auch. Das neue Programm soll daher wohl weniger in den modernen Industriestaaten Eindruck machen, als vielmehr auf die Millionen und Abermillionen in Asien, Afrika und Südamerika. Hier sieht Moskau die grosse Reservearmee des Kommunismus. In der Sowjetunion selbst wird das Programm sicher Antrieb für gesteigerte Leistungen sein, mit deren Hilfe der Anschluss an die modernen Industriestaaten der westlichen Welt erreicht werden soll.

Das neue Programm enthält - besonders in seinem aussenpolitischen Teil und in der Beurteilung der bewegenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte der Staaten ausserhalb des "sozialistischen Lagers" - zahlreiche Widersprüche. So wird z.B. mehrfach auf den Wunsch und Willen der Sowjetunion verwiesen, den Krieg als Mittel internationaler Politik auszuschalten. Andererseits wird jedoch erklärt, die USA als Bollwerk der internationalen Reaktion, Hort des Imperialismus und heuchlerischer Weltgendarm seien stets bereit, reaktionäre Diktaturen zu

stützen und die aufstrebenden Völker an ihrer Emanzipation zu hindern. Auch der "westdeutsche Imperialismus" erhält einen Seitenhieb, der deutlich erkennen lässt, dass man in Moskau trotz aller Schwüre zur "friedlichen Koexistenz" die eigene Aufrüstung und den eigenen Imperialismus zu rechtfertigen versucht. Die Völker der Sowjetunion sollen in der Vorstellung leben, dass sie morgen vielleicht von irgend jemanden überfallen werden könnten.

Hier wird das alte Rezept aller Diktaturen sichtbar, das darin besteht, das beherrschte Volk zu immer grösseren Leistungen durch die Furcht vor anderen Völkern anzuspornen.

Mehr für den inneren Gebrauch im "Lager des Sozialismus" sind wohl die scharfen kritischen Bemerkungen über den "jugoslawischen Kommunismus" und die Rolle der "rechten Sozialdemokraten" in den westlichen Ländern gedacht. Der jugoslawische Kommunismus bleibt für Moskau unheimlich; er muss also bekämpft werden, damit nicht andere Länder - vor allem in Afrika und Südamerika - auf den Gedanken kommen, Tito nachzuahmen. Das dürfte sich aber wohl weniger auf die innenpolitische Entwicklung Jugoslawiens und künftiger Nachahmer beziehen als vielmehr auf die Tatsache, dass Jugoslawien es mit aller Entschiedenheit ablehnt, sich dem Moskauer Kommando zu unterwerfen.

Was über die Sozialdemokraten in den westlichen Ländern gesagt wurde, ist nicht neu. Das Unvermögen der Kommunisten, die gesellschaftsformende Kraft der Sozialdemokratie in den modernen Industriestaaten zu erkennen, war schon immer der Grund dafür, diese Parteien sogar als "Hauptfeind" zu bezeichnen. Wo die Kommunisten oder ihre Freunde sich gegenüber den sozialdemokratischen Parteien zeitweise ruhig verhielten, geschah dies immer nur in der Absicht, den "Sozialdemokratismus" aktionsunfähig zu machen.

Kein vernünftiger Mensch wird wünschen, dass es den Kommunisten in der Sowjetunion nicht gelingt, den Lebensstandard ihres Volkes zu verbessern. Auch ihre programmatisch verkündete Absicht, mit der Welt in Frieden zu leben, wird keinen Gegner finden. Entscheidend dafür, ob diese Programmatik zur Realität wird, ist die Politik der Sowjetunion selbst und ihr Verhalten zur Umwelt. Die Politik der Sowjets, ihre direkten und indirekten Vorstösse in Länder und Gebiete, in denen Menschen lebten, die ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten wollten, hat nach dem zweiten Weltkriege die freie Welt zu Gegenmassnahmen gezwungen.

Hier ist der Ausgangspunkt für das Wettrüsten zwischen Ost und West. Wenn die kommunistische Partei der Sowjetunion ihr eigenes Programm ernst nimmt, wenn sie trotz aller Gegensätzlichkeit der Lebensauffassungen die friedliche Koexistenz zum Inhalt ihrer Politik machen will, könnte der friedliche Wettbewerb die ganze Menschheit zu grossen Leistungen anspornen. Der Westen braucht vor diesem Wettbewerb keine Furcht zu haben. Moskau selbst hat es in der Hand, ob der Frieden erhalten bleibt.

### Die Cuxhavener Kunde

Von Franz Barsig

Um es vorab zu sagen: Der Ritter Felix von Eckardt hat wenig Ähnlichkeiten mit dem Ritter Lobesam, der - wie es das Gedicht vermeldet - in das Heilige Land gezogen kam und mit einem kühnen Schwertstreich seine Feinde in die Flucht schlug.

Er hat nie mit einem kühnen Handstreich die Kandidatur in einem Wahlkreis erobert, im Gegenteil, er hat sich mühsam auf dem Bauche herangerobbt, und nach den letzten Meldungen wird ihm auch die so notwendige Absicherung auf der niedersächsischen Landesliste versagt bleiben.

Trotzdem aber mimt Herr von Eckardt jetzt den wackeren Ritter, der mit einem kühnen Schwertstreich glaubt, alle seine Schwierigkeiten lösen zu können, und so entstand die Cuxhavener Kunde.

Um wieder profan zu werden: der Direktkandidat der CDU im Wahlkreis 32, Staatssekretär Felix von Eckardt, hat in einem Offenen Brief die drei Gegenkandidaten von SPD, FDP und GDP zu einem Streitgespräch aufgefordert. Der sozialdemokratische Kandidat, Hans Hernsdorf, der schon 1957 direkt in diesem Wahlkreis gewählt wurde, und der alle Chancen hat, das Mandat auch diesmal zu erobern, da er sehr viel von den Sorgen der Fischer und der Bauern dieses Gebietes versteht, dem dafür aber die Kenntnisse in der Verwaltung von Reptilienfonds ermangeln, hat darauf hin sofort erklärt, daß er seine Zustimmung zu einem solchen offenen Streitgespräch gibt, wenn sich auch die anderen Kandidaten einverstanden erklären.

So weit, so gut. Aber es wird uns ums Herz bange, wenn wir an Felix von Eckardt denken. Er ist Staatssekretär, er gehört zum Bundeskanzleramt und ist mit fürchtbar viel geheimen Wissen belastet. Was macht der arme Mann, wenn ihm nun Fragen gestellt werden, die er amtlich mit Schweigen beantworten muß und so ins Hintertreffen kommt? Wer schützt uns davor, wenn er dann doch redet!?

Es war einmal in einer Pressekonferenz, da wurde Herr von Eckardt gefragt, warum der Herr Bundeskanzler (gegenwärtig) ein Streitgespräch mit Willy Brandt ablehnt. Er war es, der die Antwort gab, das ginge nicht, denn der verantwortliche Regierungschef könne ja nicht so reden, wie er eigentlich wolle - außer auf Wahlversammlungen. Der Mann, der dem Kanzler diesen Rat gab, sich so zu verhalten, aber will öffentlich reden. Für den Cuxhavener Wahlausgang ist das unerheblich. Was aber werden die Folgen für die NATO, die Europäische Gemeinschaft, das christliche Abendland, ja die ganze freie Welt sein? Nicht auszudenken!

+ +

+

### Auch Norwegen wählt

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Der Wahlkampf in Norwegen nähert sich seinem Höhepunkt. In sieben Wochen werden die Norweger über die Zusammensetzung ihres Parlaments, dem Storting, entscheiden. Seit 1935 hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei ihre Wählerzahl erhöhen können und ihre parlamentarische Stellung gestärkt. Selbstverständlich versuchen die nicht-sozialistischen Parteien, diesmal die absolute sozialdemokratische Mehrheit im Storting zu brechen, wo Ministerpräsident Gerhardsens Regierung über 78 von insgesamt 150 Sitzen verfügt. Die bisherigen Vorpostengefächte und die Ergebnisse einer Meinungsumfrage haben gezeigt, dass es ein schwieriges Unternehmen sein dürfte, die sozialdemokratische Stellung zu erschüttern.

Anfang des Jahres entschlossen sich drei der Oppositionsparteien Mitte zu dem Versuch, eine gemeinsame Plattform zu finden. Dabei ist aber nicht viel herausgekommen. Die drei Parteien - die liberale Venstre, die Bauernpartei Zentrum und die christliche Volkspartei - haben lediglich eine gemeinsame Erklärung für eine Zusammenarbeit in der nächsten Legislaturperiode herausgegeben. Auf ein gemeinsames Wahl- oder Regierungsprogramm konnte man sich nicht einigen. Innerhalb der drei Parteien gab und gibt es zu viele Widersprüche über Wege und Richtungen. Nur in einzelnen Fällen ist es gelungen, gemeinsame Kandidatenlisten zwischen der liberalen Partei und der Bauernpartei aufzustellen, während die christliche Volkspartei sich sogar auch von dieser Form des Zusammengehens fernhält. In Trøndelag, einer der 21 Fylken (Regierungsbezirken) ist es innerhalb der liberalen Venstre zum offenen Streit gekommen, weil eine Richtung der örtlichen Parteiorganisation eine gemeinsame Kandidatenliste mit der Bauernpartei aufgestellt hatte. Geschwächt wird die "bürgerliche Front" vor allem dadurch, dass sich die grösste Oppositionspartei, die Rechtspartei (Høyre), von der Gemeinsamkeit isoliert hat, teils durch die politische Entwicklung isoliert worden ist.

Indessen ergibt die Meinungsforschung, dass die Arbeiterpartei von einem Stimmenanteil von 48,3 % bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1957 auf 48,9 % gestiegen ist, die kommunistische Partei mit 0,6 % von den Befragten (1957 wählten 3,4 % kommunistisch) fast zerschmettert zu sein scheint. Die neugegründete "Sozialistische Volkspartei", die eine Nachahmung der Aksel Larsen-Partei in Dänemark ist, wird sich möglicherweise mit einer winzigen Splittergruppe, die sich "Sozialdemokratische Partei" nennt, vereinigen. Bisher haben die "Volkssozialisten" in vier Regierungsbezirken eigene Kandidaten aufgestellt. Ihr Ziel ist es, wenigstens zehn Fylken zu "erfassen". Die Meinungsumfrage spricht von 1,7 % für die "Sozialistische Volkspartei", und es ist anzunehmen, dass die Wählerstimmen, die diese Partei erreichen kann, auf Kosten der Kommunisten gehen und zu einem Teil auch dem neutralistischen Flügel der liberalen Venstrepartei Stimmen abnehmen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei sieht nicht nur deswegen den Wahlen mit grosser Zuversicht entgegen. Durch ununterbrochenen Wählerzuwachs waren die Sozialdemokraten in Norwegen ein Viertel-Jahrhundert im Stande, neue Gesellschaftsformen aufzubauen, die das Land sozial und wirtschaftlich umgewandelt und eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes gesichert haben. Diese historische Leistung können die Sozialdemokraten den Versuchen der gespaltenen Oppositions- und Splitterparteien entgegensetzen.

### Strafjustiz in der "DDR"

Hn. - Das INFRATEST-Institut in München führte im Auftrage des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen eine Untersuchung über "Delikt, Urteil und Strafe in der Sowjetzone Deutschlands - Eine Inhaltsanalyse sowjetzonaler Gerichtsberichte" durch. Diese Untersuchung an Ort und Stelle mit den in der Bundesrepublik üblichen Methoden der direkten Befragung und der Auswertung authentischen Zahlenmaterials vorzunehmen, verbot sich nach Lage der Verhältnisse von selbst. INFRATEST wählte daher den Ausweg, die Gerichtsberichte der in der Zone (nicht aber die der in Ostberlin) erscheinenden Tagespresse während eines bestimmten Zeitraumes des Jahres 1960 auszuwerten. 347 solcher Berichte lagen dem Institut vor.

An Hand dieses Materials konnte ermittelt werden, dass die Zahl der weiblichen Angeklagten (21 Prozent) hinter der der männlichen Delinquenten (58 Prozent; ein Prozent der Berichte ohne Angaben zum Geschlecht) weit zurückbleibt. Dabei beträgt der Anteil der über fünfzehn Jahre alten Männer an der Gesamtbevölkerung der "DDR" nur 43, der der Frauen aber 57 Prozent. INFRATEST glaubt diese auffallenden Differenzen mit der weit geringeren Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben im ausserfamiliären Bereich und den - dadurch bedingt - geringeren Chancen für Konfliktsituationen erklären zu können.

Auffallend ist weiter die Altersstruktur der Angeklagten. Während die Gruppe der Jugendlichen unter 25 Jahren nur einen Anteil von 22 Prozent der Gesamtbevölkerung stellt, gehörten dieser Gruppe 31 Prozent der Angeklagten an (davon 9 Prozent unter siebzehn Jahren). Allerdings liegt die Quote der Berichte ohne Altersangabe sehr hoch; sie macht knapp die Hälfte aller Fälle aus. INFRATEST sieht in dem relativ hohen Anteil der Jugendlichen "eine gewisse Parallele zu dem überproportionalen Anteil der Jugendlichen an der Ost-West-Wanderung" (seit Jahren anhaltend etwa 50 Prozent). Beide Zahlen lassen mit einigem Grund auf ein nichtkonformes Verhalten eines grossen Teiles der Jugendlichen in der Sowjetzone schliessen, - wobei anzumerken bleibt, dass der im Westen vielgescholtene Nonkonformismus der jungen Generation sich nicht immer nur negativ für die Demokratie auszuwirken braucht.

Zur Sozialstruktur der Angeklagten lässt sich feststellen, dass die in der Gesamtbevölkerung am stärksten vertretene Schicht der Arbeiter und Angestellten (45 Prozent) in der Untersuchung hinter diesen Anteil zurückbleibt (59 Prozent der erfassten Angeklagten gehören zu diesen Bevölkerungsgruppen). Demgegenüber übersteigt die Quote der Selbständigen, freiberuflich Tätigen und mithelfenden Familienangehörigen, die 8 Prozent der Bevölkerung ausmachen, mit 17 Prozent den prozentualen Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung um mehr als das Doppelte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass dieser Sachverhalt seine Ursache in dem Wechsel der Rechtsnormen und des Rechtsbewusstseins hat, der während des vergangenen Jahresatzs besonders im Wirtschaftsstrafrecht der "DDR" Platz griff, - ein Wechsel, den die Arbeit der von seinen Mürten Betroffenen einfach nicht nachzuvollziehen in stande war, so dass sich gerade in den Kreisen der Selbständigen und freiberuflich Tätigen ein tiefgreifendes Gefühl der "Rechts-Unsicherheit", der subjektiven Unsicherheit gegenüber dem Recht, festsetzen konnte.

Entgegen einer in der Bundesrepublik vielfach anzutreffenden Meinung, wonach sich die Justiz der Sowjetzone überwiegend mit politischen Delikten befasse, stehen im Katalog der Straftaten die kriminellen Deliktarten mit 90 Prozent weit obenan. Es folgen "Wirtschafts- und gesellschaftsgefährdende Delikte" (die allerdings noch weitlicher aufzufassung von politischen Verbrechen kaum zu trennen sind: Schädigung von Volkseigentum, Fluchtgefährdung, Versorgungsgefährdung und dergl.). Die politischen Vergehen stellen 19 Prozent aller Strafverfahren (14 Prozent Republikflucht, 5 Prozent Staatsverleumdung), die Verkehrsdelikte 14, Sonstige 29 Prozent. Die Endziffer von 203 Prozent erklärt sich daraus, dass in einer Reihe der bearbeiteten Berichte Meldungen über mehrere Verfahren gegen den gleichen Angeklagten enthalten waren.

38 Prozent der verhängten Freiheitsstrafen blieben unter sechs Monaten; bis zu 12 Monaten wurde in 20 Prozent, bis zu 2 Jahren in 15 Prozent, bis zu 4 Jahren in 9 Prozent der Fälle verurteilt. In zwei Prozent aller Fälle wurden Urteile bis zu 10 Jahre Freiheitsstrafe ausgesprochen, über zehn Jahre wurden in einem Prozent zudiktiert; eine lebenslänglich verhängte Strafe findet sich nicht in der Tabelle. Demgegenüber lauteten aber 45 Prozent aller gesprochenen Urteile auf Freiheitsstrafen, die höher lagen als sechs Monate.

Tunis in Fieber

Bericht vom "Kriegsschauplatz"

Von Erwin Erasmus Koch

Unser Mitarbeiter, der Schriftsteller Erwin Erasmus Koch, kehrte kürzlich aus Tunis über Sizilien nach Bonn zurück. Er war Augenzeuge der Wirren in der jungen nordafrikanischen Republik, die auch die Ruinen des einst mächtigen Karthagos einschließt. "Biss-lama!" "Auf Wiedersehen!" Damit verabschiedeten die "Söhne des Propheten" den Deutschen, als er Hammamet verließ, die bezaubernde Oasenstadt, sie liegt so weit südlich von Tunis wie Bizerta nördlich der Metropole, ungefähr fünfzig Meilen. Die während der vergangenen Woche ausgebrochenen Kämpfe waren noch nicht beendet, als E.E. Koch nach Catania weiterflog und am Sonntag vergangener Woche in Syrakus den "Roma"-Express bestieg. Das Fährschiff nach Palermo war von flüchtenden Europäern, zumeist Touristen, überfüllt. Unter ihnen und den Fluggästen der "Alitalia" herrschte Panikstimmung. Wilde Gerüchte überstürzten sich. Ganz Nordafrika steht im hellen Aufruhr und vielleicht der dritte Weltkrieg bevor. Frankreich werde das alte Bizerta - wie einst die Römer Carthago - zerstören. E.E. Koch schildert nachfolgend den 'kleinen Krieg' in Tunesien.

Die Redaktion

Zauberwort "Almani"

Kein Mensch ahnte auf Djerba, der 500 qkm großen paradiesischen Insel im Golf von Gabès, was sich 600 Meilen entfernt im Norden zutrug. Weil ich ein "Almani" war, ein Deutscher, genoß ich höchste Achtung. Ein arabischer Junge hatte es mit langen Fingern verstanden, mir einen photoelektrischen Belichtungsmesser aus der Tasche zu ziehen. Ich war verblüfft und noch mehr freudig überrascht, daß er ihn mir in Begleitung seines Vaters und unter vielen Entschuldigungen zurückbrachte. Man bestiehlt keinen Almani! Im übrigen wartete ich weiter vergebens auf die Expedition von Giftschlangenfängern, die auf Djerba ihr Glück versuchen wollten. Sie kam nicht. So entschloß ich mich zur Zeit des Ijjimâ-Gebets zur Umkehr. Schon in Gabès, der Case mit dem Souk der Schmuckwaren und Teppiche, wurde mir klar, daß Unge-wöhnliches geschehen war. Feindliche Blicke trafen mich. Sie hellten sich immer erst nach dem Zauberwort "Almani" auf. Ein riesiger Berber hatte schließlich meinen Schutz übernommen und brachte mich nach Tunis zurück. Tunesien befand sich plötzlich mit Frankreich im "kleinen Krieg". Die Hauptstadt bereitete sich auf Luftangriffe vor. Jedermann befürchtete, daß französische Bomben wie auf Bizerta fallen würden. Der Ausnahmezustand war verhängt. Die Araber gestikulierten und reckten drohend die Fäuste. Begeisterte Hochrufe galten Habib Burghiba, dem Präsidenten der Republik Tunesien.

"Lieber sterben als besiegt werden"

Er hatte den Befehl zur Einschließung Bizertas gegeben, des französischen See- und Luftstützpunktes, der den doppelt so großen See wie die Bucht von Pearl Harbor beherrscht und der zum Mittelmeer führenden Kanal kontrolliert.

Ich hatte Bizerta noch kurz zuvor gesehen, "besichtigt", nächst Tunis die größte Stadt des Landes. Die Wüste reicht dicht an die Reste alter Wall-mauern, an die Überbleibsel des spanischen Forts aus dem 16. Jahrhundert, durch das die Rue voûtée führt, an die verrotteten Trümmer von Hippozarite, so hieß Bizerta in der Epoche Karthagos.

Im felsigen Hügelgelände liegen die Arsenale, unterirdische Versorgungslager und vor nuklearen Bombenwürfen gesicherte Befehlsstände, die Flugplätze Sidiachmed und Keruba, ferner im Süden des Sees die Docks und die unzerstörbaren Schlupfwinkel für Unterseeboote. Frankreich hatte seine letzte Position in Tunesien seit langem auf alle Möglichkeiten vorbereitet, in aller Stille war ein zweites Gibraltar entstanden. Dennoch konnte Frankreich nicht die zum tunesischen Hafen Skhirra führende Ölleitung sichern, die Edjelh-Zaraintine in der Sahara mit dem Mittelmeer verbindet. Eine Gruppe Freiwilliger suchte auch auf der Höhe 233, auf Garat-el-Hamel, in der Wüste die tunesische Flagge zu hissen. So hieß es jedenfalls in Tunis, während die Massen der Araber in Sprech-Chören die Worte des Präsidenten wiederholten: "Lieber sterben als besiegt werden!"

Die Altstadt der Metropole, der "Burnus des Propheten", die Medina, war neben ihrem gewohnten Lärm von offensichtlich haßerfüllten, schreienden Massen erfüllt. Einige Männer trugen ein rotes Transparent mit den Emblemen der Sowjetunion. Sie sangen eine Melodie, die wohl die "Internationale" sein sollte. Andere brachten mit den Hochrufen auf Burghiba gleiche Hochrufe auf die Arabische Liga aus. Die "Souks", die sonst in buntem Treiben erregenden Märkte, aber lagen verlassen da. Nur Hunde wühlten in verdorbenen Speiseresten.

#### Öl ins Feuer des Kommunismus

Im Zentrum von Tunis, auf der Rue de l'Eglise und der Rue Bab Souika, wälzten sich Massen gegen französische Luxusläden, Mode- und Juweliergeschäfte, Steine flogen gegen die herabgelassenen Gitter. Wo es die Breite der Straßen gestattete, rollten bewaffnete Kommandos in Jeeps und Panzerwagen vorüber. Von den Moscheen, der Zitouna und der Kasbah, drangen die Stimmen der Vorbeter.

Da und dort begegnete ich Deutsche, Touristen, die zumeist von Palermo auf einige Tage nach Tunesien gekommen waren. Sie zeigten sich verstört und verwirrt, obwohl keiner bisher auch nur ein Haar gekrümmt worden war, weder in der Hauptstadt noch in den Oasen entlang der tadellos ausgebauten, zum Teil betonierten Küstenstraße. Einige Flüchtlinge trafen aus Kairoan, nächst Mekka wohl die heiligste Stadt des Islam, ein. Auch ihnen hatte niemand ein Leid zugefügt. Die Alrani blieben geachtete Gäste. Aber Tunis füllte sich immer mehr mit Fremden, Globetrottern und Ferienreisenden. Jeder von ihnen befürchtete ein zweites Algerien.

Auf der von Palmen eingefassten Avenue Habib Burghiba, dem Weg zum Hafen, wiederholten Lautsprecher unentwegt Sätze der stundenlangen Rundfunkansprache Habib Burghibas, der den Kolonialismus der "Grande Nation" anprangerte. "Bizerta aber gehört zum freien, unabhängigen Tunesien. Eine Verhöhnung der Menschenrechte, eine unauslöschbare Beleidigung aller Araber erfolgte, als die Wohnviertel außerhalb der Festung bombardiert wurden!"

Am nächsten Tage startete plermäßig eine Maschine der "Alitalia" vom internationalen Flughafen Tunis nach Palermo. Der internationale Flugverkehr war nicht unterbrochen worden. Weil ich den Rückflug lange zuvor gebucht hatte, konnte ich meinen Platz belegen. Ich verließ Tunis sehr nachdenklich. Von vier Millionen Einwohnern Tunesiens ist eine Million arbeitslos, die "Avantgarde des Kommunismus", eine seiner Vorhutten, die ebenso in Sizilien stecken. Der Krieg in Bizerta war Öl ins kommunistische Feuer.